Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 9 (1919)

Heft: 12

Rubrik: Berner Wochenchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Wochenchronik

Nr. 12 — 1919 | Zweites Blatt der „Berner Woche in Wort und Bild“ | den 22. März

De farbeblind Storch.

(Zürcher Dialekt)

's Anni wott alles i rosa ha,
Si Schlüttli und Mäschli und Band,
Sogar na d'Hösli, daß wänner er cha stah;
Der Storch ist dä Früehlig im Land.

Und's Trudi häd all's mit Blau underleit,
De Vorhang und d'Küssi und Spitz,
Am Hübli, wie's nu es Meitli treit,
Es Störchli häd nächzue sin Sitz. —

„Rot für en Bueb“, seit 's Anni all' Tag,
Wenn 's Trudi ghört, seit es gschwind:
„Ich wott e kein Bueb, das ischt e Plag,
Ich wott halt blau für mis Chind.“

Der Ueli lachet, der Ruedi au:
„Die Farbe sind nu zum Schy,
De Storch luegt nüd uf rot oder blau,
Uebrigens gsehmer's ja gli.“ — —

Es Zytli druf abe häd mer's gseh,
De Storch häd sich's nüd überleit,
I d'Rosa-Schlutte es Meiteli gä,
De Bueb in e blaus Bettli treit.

Der Ueli lachet, der Ruedi au,
Mer weiß ja, wie d'Manne sind,
's seit jede: „Häst gseh, mi liebi Frau,
De Storch ischt halt farbeblind.“

Paul Appenzeller.

Die aus Rußland heimgekehrten Schweizer entwerfen ein düsteres Bild über die Zustände in der bolschewistischen Sowjetrepublik, und mannigfaltig sind die Erlebnisse, die sie durchzumachen hatten. Gefängnis, Tod durch Erschießen, Gelderpressung, Steuern ohne Ende, Vertreibung von Haus und Hof, Gewaltsamkeiten aller Art stehen auf dem Tagesprogramm dieser Schreckensherrschaft. Woche für Woche sahen sie sich neuen Gefahren gegenüber; jede Stunde des Tages konnte ihnen Verderben bringen, und darum entschlossen sie sich, Rußland, das vielen unter ihnen eine zweite Heimat geworden war, zu verlassen und in ihr Vaterland zurückzukehren. Die Frauen und zahlreichen Kinder scheinen am meisten gelitten zu haben. Die Männer erholten sich schneller von den erlittenen Mühsalen.

Da auch aus andern Ländern die Schweizer in großer Zahl zurückkehren, ist es dringend geboten, alle Heimgekehrten in einen festen Verband zu vereinigen und für Arbeitsgelegenheit und Arbeitslosenunterstützung zu sorgen. Der Schweizer soll in dieser Beziehung vor dem Ausländer Berücksichtigung finden. —

Der Zentralvorstand der Neuen Helvetischen Gesellschaft ersucht den Bundesrat in einer Eingabe, Maßnahmen zu treffen zu einem wirksamern Schutz unserer Grenzen gegen die Ueberflutung mit Ausländern, da diese, so lange sich der Arbeitsmarkt in bedrängter Lage befindet, für unser Land eine wirtschaftliche und politische Gefahr bilden. —

Das internationale „Rote Kreuz“, Präsident ad interim Herr E. Naville, richtet an die Alliierten eine ergreifende Kundgebung für die Aufhebung der Blokade, um den ganzen Osten Europas vor den weitern Verheerungen des Hungerelendes zu befreien. —

In Luzern vereinigte sich am 18. März der internationale christliche Arbeiterkongreß zu seiner ersten Sitzung. Die Schweiz ist mit 100, Deutschland mit 22, Oesterreich mit 15, Holland mit 8 Delegierten vertreten. Ungarn, Böhmen und Steiermark entsenden je einen Abgeordneten. Die italienischen Delegierten konnten infolge Paßschwierigkeiten nicht erscheinen; dagegen sind Litauen und das litauische Komitee in Nordamerika mit zwei Delegierten vertreten. Vor der Sitzung des Kongresses tagte die Sektion „Gesellschaft für Völkerrecht“, die allen christlich-sozial denkenden Bürgern das eifrige Studium der Völkerbundsprobleme als ein Hauptziel vor Augen halten möchte. Der Zusammenschluß aller Völkerbundsvereine um ein gemeinsames Kulturprogramm würde die Menschheit ihrer Wiedergeburt entgegenführen.

An den gleichzeitig in Paris tagenden Kongreß der christlich-sozialen Arbeiter wurde eine vom Geist christlicher Solidarität getragene begeisterte Kundgebung gerichtet. —

Am internationalen Völkerbundskongreß in Bern wurde die Schuldfrage betreffend den Ausbruch des Krieges aufgeworfen und mit 26 gegen 8 Stimmen folgende Resolution beschlossen: Die Schuldfrage soll einem deutschen Tribunal unter Vorlegung sämtlicher Dokumente, die sich in deutschen Archiven befinden, zur Prüfung unterbreitet werden. In der Abrüstungsfrage wurde die Reduktion sämtlicher Streitmittel auf einen Viertel des Bestandes vor dem Krieg verlangt, ferner soll dem Völkerbund zum Einschreiten gegen Rechtsverletzungen für den äußersten Fall eine internationale Land- und Seestreitmacht zur Verfügung gestellt werden. Eine längere Diskussion entspann sich über die für die Schweiz so wichtige Frage, ob im Völkerbund eine dauernde Neutralität berechtigt sei. Diese wurde immerhin anerkannt, solange der Völkerbund den Voraussetzungen entspricht, die kriegerische Verwicklungen ausschließen.

An der Schlußsitzung des Völkerbundskongresses vom 13. März wurde die Schaffung einer internationalen Zentralstelle aus Abgeordneten verschiedener Parlamente gewünscht, deren Aufgabe darin bestehen würde, die Presse in den Dienst der Völkerversöhnung zu ziehen. Für chauvinistische Ausschreitungen sollte die Presse zur Verantwortung gezogen werden. Die Zeitungen aller Länder wurden über ihr Verhalten während des Krieges scharf kritisiert. Die Resolution betreffend Maßnahmen gegen die chauvinistische Presse wurde indessen abgelehnt, da darauf hingewiesen wurde, daß die Presse unter dem Druck der öffentlichen Meinung steht und nicht allein verantwortlich ist.

In einer Schlußresolution wurde dem Präsidenten Wilson als Vorkämpfer der Völkerbundsidee der Dank ausgesprochen und beschlossen, für die Verwirklichung der 14 Punkte Wilsons mit allen Kräften einzustehen. —

In Paris besteht einige Geneigtheit, die neutralen Staaten bei der Behandlung der Völkerbundsfrage mitberaten zu lassen. Der schweizerische Entwurf erfreut sich in diplomatischen Kreisen einer besondern Beachtung, wie aus einem Artikel des „Temps“ hervorgeht, der sich mit dem Verlangen der Schweiz befaßt, ihre Neutralität auch innerhalb des Völkerbundes aufrechtzuerhalten. Die Gründe finden französischerseits die ihnen gebührende Würdigung. —

Das schweizerische Politische Departement warnt vor dem Ankauf österreichischer Banknoten, da namentlich über die Abstempelung dieser Noten durch die Staaten des ehemaligen Oesterreich große Unsicherheit herrscht. Die schweizerischen Besitzer österreichischer Noten werden gebeten, diese bei einer Bank samt einem Nummernverzeichnis zu deponieren, worauf dann die schweizerische Nationalbank die weitern Schritte unternehmen wird. —

Die Vorarlberger Landesversammlung hat eine neue Landesverfassung angenommen nach dem Vorbild der schweizerischen Bundesverfassung. Wichtige Rechte sind vorgesehen, wie Volksinitiative und Volksabstimmung. —

Der zurückgekehrte schweizerische Gesandte in Petersburg, Odier, entwirft über die innere Lage Rußlands ein düsteres Bild. Es gelang den 300 bol-

schewistischen Führern, das Land an den Rand des Abgrundes zu bringen. Eine rechtzeitig unternommene Intervention hätte auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen können. Die Bauern weigern sich, Papiergeld an Zahlungsstatt anzunehmen und wollen nur im Tauschhandel verkehren. Petersburg gleicht einer ungeheuren Totenstadt. —

Minister Sulzer hat dem Bundesrat mitgeteilt, daß er von seinem Gesandtschaftsposten in Washington zurückzutreten gedenke. —

In Paris sprach vor einem ausgewählten Publikum Nationalrat Micheli über die befreite Schweiz, wobei er namentlich das Verständnis der Franzosen für das Denken und Fühlen der Deutschschweizer weckte. Die welsche Schweiz verdanke ihren Stammesgenossen die Gründung des gemeinsamen Vaterlandes und nicht zuletzt den Widerstand gegen die wirtschaftliche Gefahr Deutschlands, gegen die sich die deutsche Schweiz mit allen Kräften gestemmt hat. —

Der Adjunkt des Präsidenten der französischen Kammer, Lénon, betonte an einem Vortrag in Genf, daß zur Wiederherstellung des normalen Warenverkehrs zwischen Frankreich und der Schweiz eine großzügige Zollpolitik und Verkehrserleichterungen nötig seien. Vor allem müsse mit der sofortigen Organisation der französischen Hafenplätze Nantes, St. Nazaires und Bordeaux begonnen werden. —

Laut Bericht der Generaldirektion der Schweizer. Bundesbahnen schließt der gesamte Betrieb für das Jahr 1918 mit einem Defizit von 74 Millionen Franken ab. Die Mehrausgaben basieren auf den zur Auszahlung gelangten erhöhten Kriegsteuerungszulagen an das Personal im Betrag von 28 Millionen Franken; hiezu kommen die Nachteuerungszulagen von 19½ Millionen Franken und schließlich die Teuerungszulagen an die Pensionierten im Betrage von 2 Millionen Franken. —

Das eidgenössische Ernährungsamt appelliert in einem Aufruf an die Einsicht der Bevölkerung, in dieser Zeit, da die Angebote an inländischem Schlachtvieh von Tag zu Tag sinken, im Fleischgenuß zurückzuhalten, um nicht durch rücksichtsloses, unsolidarisches Gebaren die Behörden zur Einführung der drohenden fleischlosen Wochen zu zwingen. —

Neuesten Nachrichten zufolge wird der Bundesrat der Neutralitätskommission die Durchführung einer erstmaligen fleischlosen Woche auf Anfang April beantragen. —

Der Große Rat behandelte in seiner Sitzung vom 17. März eine Motion betreffend Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die von Regierungsrat Tschumi beantwortet wurde. Die Arbeitsgelegenheiten werden sich mit dem Eintritt der wärmern Zeit mehren. Die Arbeiten auf dem Lande und während der Saison im Oberland, der Bahnhofumbau in Thun, das Mühlebergwerk, die Elektrifikation der Bahnen, die Bodenverbesserungen und verschiedene Neubauten werden Abhilfe schaffen. Ein wichtiges Mittel zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit ist der kommunale Wohnungsbau. Für die Stadt Bern sind von Bund und Kanton je zwei Millionen Franken bewilligt worden. Die Motion wurde erheblich erklärt.

Regierungsrat Lohner referierte über die Hilfsaktion im Hotelgewerbe, in welchem 200 Millionen Franken investiert sind. Ohne Verständigung zwischen Gläubigern und Schuldnern und staatliche Hülfe wird die Krise nicht gehoben werden können.

Als Notstandsarbeit wird für eine Entwässerungsanlage an der Bern-Tiefenaustraße ein Kredit von 133,000 Fr. bewilligt. Durch die ganze Anlage wird die Bern-Zollikofen-Bahn ein eigenes Trace erhalten und gleichzeitig ist die Möglichkeit gegeben, daß die Solothurn-Bern-Bahn direkt in die Stadt geführt werden kann.

Für die äußerst dringende Erweiterung des kantonalen Frauenspitals, das infolge ungenügender Räumlichkeiten den Anforderungen in keiner Weise genügt, ist ein Projekt ausgearbeitet worden, das zwei Millionen Franken beansprucht. Für die erste Bauetappe werden 500,000 Franken bewilligt.

Zur Aufnahme der großen, wertvollen, von Dr. Henri Moser geschenkten ethnographischen Sammlung ist eine Erweiterung des Historischen Museums unerläßlich. In die Kosten von 1,126,000 Franken teilen sich Kanton und Burgergemeinde Bern zu gleichen Teilen.

Die Frage der Einführung der Proportionalwahl des Großen Rates soll dem Bernervolk in der Form einer Gesetzesvorlage zum Entscheid unterbreitet werden.

Dr. Biehly verlangt ein neues Gesetz betreffend den Tierschutz und präzisiert seine Forderungen wie folgt: Vorschriften über Haltung, Transport, Schlachtung von Tieren, Festsetzung der einzelnen Arten von Tierquälerei, Verbot der Vivisektion zu Lehrzwecken, sowie praktischer Uebungen durch Studenten. Die Motion wird erheblich erklärt.

Der durch den Föhnsturm vom 5. Januar verursachte Schaden im Berner Oberland wird auf 216,000 Fr. geschätzt. Zur Linderung der Not soll auf Ostern eine Kirchensammlung veranstaltet werden. Ein Kredit von 20,000 Fr. steht der Regierung bereits zur Verfügung.

Der Regierungsrat hat auf den 6. April eine kantonale Abstimmung angesetzt über das Gesetz betreffend Erbschafts- und Schenkungssteuer, über das Gesetz betreffend den Salzpreis und über die Aufnahme eines Staatsanleihens von 25 Millionen Franken.

Auf den 15. März hat der Regierungsrat den Verkehr mit Kartoffeln im Gebiet des Kantons Bern freigegeben. Nach andern Kantonen kann die Kartoffellieferung nur durch Vermittlung der eidgenössischen Zentralstelle in Bern stattfinden. —

Die Sammlung für die schweizerische Nationalspende ergab im Kanton Bern die erfreuliche Summe von 1,011,246 Franken. Den vielen Spendern und Sammlern wird der herzlichste Dank ausgesprochen. —

Die freisinnigen Mitglieder des Großen Rates, die gewillt sind, sich auch in Zukunft in einer fortschrittlichen Politik zu betätigen, haben sich zu einer Fraktion zusammengeschlossen, die bereits 40 Mitglieder zählt. Auch die großrätliche Gruppe der bernischen Bürger- und Bauernpartei hat sich zusammengeschlossen und zählt bereits 70 eingeschriebene Mitglieder. Sie hat sich konstituiert und wird von der nächsten Sitzung an politisch selbständig auftreten. —

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung das Geschenk der deutschen Gesandtschaft, bestehend in der altgermanistischen Bibliothek des verstorbenen Professors Max Rödiger in Berlin, angenommen und die Unterrichtsdirektion mit der Unterbringung der Bibliothek, die einen hohen wissenschaftlichen und materiellen Wert besitzt, beauftragt.

Zur Belebung des Baugewerbes im Oberland haben Vertreter des oberländischen Handwerker- und Gewerbevereins mit einer Abordnung des Regierungsrates eine Besprechung nachgesucht und die rasche Inangriffnahme von projektierten Werken, wie das Kraftwerk an der Grimsel, Elektrifikation der Strecke Spiez-Bönigen, verlangt. —

Der Voranschlag der Gemeinde Thun sieht für das Jahr 1919 ein Defizit von 300,000 Fr. vor.

Zur Gründung einer Frauenarbeitsschule hat sich ein Komitee gebildet.

Die freisinnig-demokratische Partei in Thun hat den Anschluß an die kantonale Fortschrittspartei beschlossen und die Verschmelzung mit den Jungfreisinnigen begrüßt. —

Die bis jetzt von einem provisorischen Ausschuß geleitete bernische Fortschrittspartei wird sich am Parteitag vom 29. März in Bern definitiv konstituieren. —

In Oberhofen wird der ehemalige österreichisch-ungarische Ministerpräsident Graf Berchtold in der ehemaligen Krankenhausbesitzung, die früher der Gräfin Harrach-Pourtalès gehörte und durch Schenkung an die Gemeinde Oberhofen übergegangen ist, für ein Jahr Wohnung beziehen. —

Das große Hotel Terminus am Hauptbahnhof in Interlaken wurde an der zweiten Konkurssteigerung von Herrn Stucker in Bern um die Summe von 255,000 Fr. ersteigert. —

Auf Einladung des Vereins für Handel und Industrie sprach in Burgdorf Herr Ingenieur Dr. Fischer aus Zürich über das Talsperre-Kraftwerk Schangnau-Eggiwil. Seine interessanten Ausführungen wurden unterstützt durch eine Anzahl Lichtbilder. —

Die jüngst verstorbene, als edle Wohltäterin bekannte Frau Gemuseus auf Schloß Spiez vermachte dem oberaargauischen Tierschutzverein in Langenthal die schöne Summe von 10,000 Fr. —

Der Fischereiverein vom Bielersee ersucht angesichts der Fleischknappheit bei den Behörden um die Erlaubnis nach, während der Schonzeit in kleinem Umfang der Fischerei obliegen zu dürfen.

† Richard La Ricca.

Die Stadt Bern ist um eine typische Gestalt ärmer geworden, seit am 5. Februar Richard La Ricca in seinem 84. Altersjahre gestorben ist. Noch wenige Wochen vor seinem Tode konnte man die hohe Greisengestalt am Arme eines Wärters durch unsere Straßen wandeln sehen; freilich, wer ihn früher gekannt, der sah dem ehrwürdigen Manne mit schmerzlichen Gefühlen nach. Er, dem nichts höher ging als die persönliche Freiheit und Unabhängigkeit im Handeln, mußte sich auf allen Gängen geleiten lassen! Der Glanz seines hellen Auges, das einem Hochgebirgsjäger zu gehören schien, war erloschen. Er sah nicht mehr genug, um sich alleine zurechtzufinden, und dieses Dunkel in seinen Augen warf trübe Schatten auf sein ganzes Wesen. Ich mußte immer an König Lear denken, wenn ich die hohe Gestalt bleich und düster, schier gespensterhaft vor mir auftauchen sah. . . .

Richard La Ricca, dem viele unserer treuesten Konzertbesucher ihre erste musikalische Schulung verdanken, war ein Bündner. Er wurde in Chur am 2. Oktober 1835 geboren, und dort hat er auch beim alten Organisten Krüger seine ersten musikalischen Studien getrieben. Zu einer eigentlichen fachlichen Ausbildung seiner großen musikalischen Veranlagung ist es aber nie gekommen. Mit 20 Jahren verließ Richard La Ricca seine Vaterstadt und ging als studiosus juris auf die Universität Leipzig. Man sagt allerdings, daß dort den jungen Studenten die Gewandhauskonzerte erheblich mehr interessiert hätten als die juristischen Kollegien. Daneben nahm er Geigenstunden und bildete sich selbst auf dem Klavier aus. Als flotter Korpsstudent hat er sicherlich auch das brausende Studentenleben in vollen Zügen genossen. Nach einem Semester in Jena brachte La Ricca den Rest seiner Studienzeit in Heidelberg zu, wo er die Grundlage zu seinen ausgebreiteten Geschichtskenntnissen legte und nach wie vor eifrig Musik trieb. Am grünen Neckar hat es ihm offenbar sehr gut gefallen, so gut, daß schließlich im Jahre 1861 ein Bruder hinausgesendet wurde, um den „Verlorenen", wie man so sagt, „einzuheimsen". Bald nachher findet man den jungen Juristen in Chur; auf seinem Pult aber lagen neben den Prozeß-Akten musiktheoretische Werke. Die Musik war und blieb sein ureigenstes Element und ans juristische Handwerk konnte er sich nie gewöhnen.

Als Dreißigjähriger siedelt La Ricca im Sommer 1865 nach Bern über und die Bundesstadt sollte seine zweite Heimat werden. Nachdem er zwei Jahre auf dem statistischen Amte tätig gewesen war, daneben aber viel musiziert hatte, wurde er im Jahre 1867 als Lehrer für Klavier an die Berner Musikschule gewählt und diesem Amte ist er treu geblieben, bis sein Gesundheitszustand ihn im Jahre 1907 zum Rücktritt veranlaßte.

Was er hier an treuer Arbeit geleistet hat, ist natürlich nicht meß- oder wägbar. Unter allen Umständen war er mit seinem feinen Geschmack der rechte Mann, musikalische Begabungen auf die rechten Wege zu leiten, und es ist kein Zweifel, daß er damit zugleich das allgemeine musikalische Leben unserer Stadt gefördert hat. Er nahm aber auch in anderer Weise praktisch am bernischen Musikleben teil. Viele Jahre lang hat er in den großen Konzerten im Orchester die Bratsche gespielt. Und als Konzertbesucher gehörte La Ricca in das Bild eines bernischen Konzertes. So lange er irgend konnte, hat er in keinem großen Konzerte gefehlt. Solistisch ist La Ricca nur in kleineren Gesellschaften aufgetreten, in Konzerten so viel mir bekannt niemals. Es fehlte ihm eben die fachliche Durchbildung im rein Technischen und so hat er sich nicht aufs Konzertpodium getraut.

† Richard La Ricca.

Seine letzten Lebensjahre waren durch Krankheit schwer getrübt. Eine Netzhautablösung nahm ihm, dem allzeit Wissensdurstigen, die Möglichkeit, zu lesen, und diese erzwungene geistige Enthaltsamkeit hat ihn schwer bedrückt. Es gab Zeiten, da er in tiefe Melancholie verfiel und herzbrechend klagen konnte über sein Schicksal.

Das war nicht immer so gewesen. La Ricca war ein Mann, der im kleinen geselligen Kreise durch seinen lebhaften Geist und sein wunderbares Gedächtnis stets zum belebenden Mittelpunkte der Gesellschaft wurde. Was wußte er alles! Und wie verstand er es, seine reichen Kenntnisse, namentlich auf historischem Gebiete, in der Unterhaltung zu verwerten und fruchtbar zu machen! Sein klares, tiefgründiges Urteil über alle Lebensfragen kam aus einem gütigen Herzen und einem durch systematische Denkarbeit gestählten Verstande. Und dabei war er weit entfernt von jener unangenehmen Art so manches „Vielwissenden", der meint, er müsse allen seine Meinung und seine Kenntnisse aufdrängen. La Ricca war viel zu abgeklärt, um nicht jeden bei seinem Glauben selig werden zu lassen. Seine natürliche Bescheidenheit bewahrte ihn vor jeder Ueberschätzung seines Wertes. Und diese lag tief begründet in seinem lauteren Charakter. La Ricca war der Mann des offenen Wortes, der unbedingten Geradheit im Reden. Jeder, der mit ihm zu tun hatte, wußte genau, woran er war. Der helle, durchleuchtete Blick seiner Augen strahlte ein ebenso helles Innere wider. Er war ein ganzer Mann von ungebrochener Ueberzeugung und einer Stetigkeit im Reden und Handeln, die in unserer zerrissenen Zeit doppelt wohltat. Richard La Ricca wird in der Erinnerung seiner Freunde nicht so bald sterben. G. B.

Bis dahin bestand in der Gemeinde Bern nur das sog. „Burgerrecht". Um den in Bern niedergelassenen zahlreichen außerkantonalen Bürgern die Erwerbung des stadtbernischen Bürgerrechtes zu erleichtern, wird vom Stadtrat zuhanden der Gemeinde folgendem Beschlußentwurf zugestimmt: Die Kompetenz zur Erteilung des Gemeindebürgerrechtes an Kantonsbürger und die Zusicherung desselben an Schweizer anderer Kantone oder an Ausländer wird dem Stadtrat übertragen. Die Höhe der der Gemeinde zu entrichtenden Gebühr wird vorläufig vom Gemeinderat von Fall zu Fall festgesetzt und die definitive Ordnung einem später zu erlassenden Regulativ vorbehalten.

Die Führung des Bürgerregisters soll der städtischen Polizeidirektion übertragen werden.

Die zu errichtende neue Häuserreihe von Gemeindewohnbauten an der Lentulusstraße soll eine Speiseanstalt mit einem großen Eßsaal für 177 Plätze erhalten.

Für den Ausbau des Historischen Museums zur Aufnahme der Sammlung von Henri Moser soll die Gemeinde einen Beitrag von 373,900 Fr. leisten. Der Stadtrat beschließt ferner, der Gemeinde den Ankauf der Monbijoubesitzung des Herrn Prof. Dr. Tobler zu einem Kaufpreis von 695,000 Fr. zu beantragen. Die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel soll nötigenfalls auf dem Anleihensweg bewerkstelligt werden.

Um die Asphaltierung der Spitalgasse vornehmen zu können, wird die Entfernung des obern Brunnens und die Versetzung des Dudelsackpfeiferbrunnens zum Beschluß erhoben. Die Abstimmung über diese Beschlüsse ist auf den 6. April vorgesehen.

Der Gemeinderat hat beschlossen, sich an der Gründung einer schweizerischen Kohleneinfuhr-Genossenschaft zu beteiligen durch Zeichnung eines Anteilscheines.

Die Sammlung eines Dr. Regli-Fonds zur Unterstützung des kantonalbernischen Säuglings- und Mütterheims und der Säuglingsfürsorge Berns nimmt einen sehr erfreulichen Fortgang. Da die Sammlung auf Ende dieses Monats zum Abschluß kommen soll, werden alle diejenigen, die sich noch zu beteiligen wünschen, freundlichst gebeten, ihre Beiträge auf Postscheckkonto III/1662 einzuzahlen. —

Das burgerliche Forstamt hat für die Brennstoffversorgung der Stadt Bern sehr viel geleistet und aus den burgerlichen Forstungen bis heute nicht weniger als 4500 Ster Tannen- und Buchenholz abgegeben. Weiter lieferte es Holz an verschiedene Anstalten, Spitäler und Schulhäuser bei einem Höchstpreise von 24 Fr. per Ster, also bedeutend billiger, als die neuen Verordnungen bestimmen, die die Preise von Buchenholz auf 34 Franken und für Tannenholz auf 30 Franken festgesetzt haben. —

Die Sammlung für die Nationalspende in der Stadt Bern erzielte den schönen Ertrag von 405,658 Fr. Die Haussammlung durch die Leistverbände ergab 61,000 Fr., die Geschäftsfirmen und Private spendeten 256,354 Fr., das Sommernachtfest auf dem Schänzli warf einen Ertrag von 13,936 Fr. ab und die Armeetag-Lotterie hatte ein Ergebnis von 74,368 Fr. —

Das Historische Museum hat ein wertvolles, interessantes Geschenk erhalten. Herr Dr. H. Angst, der frühere Direktor des Schweizerischen Landesmuseums, schenkte ihm eine aus dem Schloß in Spiez stammende, 1523 datierte, bemalte hölzerne Wappentafel, mit den Schildern der Herren von Strättligen, von Bubenberg und von Erlach. —

Bei den Erneuerungswahlen für den Verwaltungsrat der Konsumgenossenschaft haben die sozialdemokratischen Genossenschafter von einer Einigungsliste Abstand genommen und eigene Kandidaten aufgestellt. Durch dieses Vorgehen sahen sich die bürgerlichen Konsummitglieder veranlaßt, ebenfalls mit einer eigenen Liste aufzutreten. An der Wahl beteiligten sich 1241 Genossenschafter. In den Verwaltungsrat wurden 11 Kandidaten der Arbeiterunion und 4 von der Liste der Beamten und Angestellten gewählt. —

In der Geographischen Gesellschaft sprach Herr Bernhard aus Zürich über die schweizerische Innenkolonisation, die namentlich der Förderung der Alpwirtschaft dienen soll. Es ließe sich mit diesem Werk die Frage der in ihre Heimat zurückgekehrten Rußlandschweizer lösen; auch die Unterbringung von Alkoholikern könnte damit in Verbindung gebracht werden. —

Herr Prof. Dr. Weese hielt auf Veranlassung des Verkehrsvereins einen Lichtbildervortrag über das Stadtbild von Alt-Bern und seine Zukunft. —

In der Naturforschenden Gesellschaft referierte Herr Prof. Dr. Sahli über die Grippe-Epidemie, von welcher in der gegenwärtigen Zeit in der Schweiz über 1½ Millionen Personen befallen wurden. Im Gegensatz zur letzten Periode von 1889 bis 1894 wurden diesmal besonders die Jugendlichen von der Krankheit ergriffen. Die Impfungen mit dem neuerfundenen Serum haben noch kein positives Resultat gezeitigt. —

Die schwedische Akademie für Landwirtschaft in Stockholm hat Herrn Paul Liechti, Vorstand der schweizerischen agrikulturchemischen Anstalt Bern-Liebefeld, zu ihrem Mitglied ernannt. —

Der schweizerische Musikpädagogische Verband, der letzten Herbst in Bern sein 25jähriges Bestehen feiern wollte, der Grippe wegen aber alle Vorbereitungen abbrechen mußte, gedenkt dafür dieses Frühjahr einen Teil der damals geplanten Veranstaltungen auszuführen, insbesondere die nicht länger aufschiebbare Generalversammlung, sowie ein größeres Konzert zugunsten unterstützungsbedürftiger Musiker. Ferner stehen deutsche und französische Vorträge von Musikgelehrten in Aussicht. —

Aus den Kantonen

Zürich. Die zürcherische Volkswirtschaftsdirektion trat mit den Unfallversicherungsgesellschaften von Zürich und Winterthur in Unterhandlungen betreffend die Versicherung von Gemeindewehren. Nach gegenseitiger Uebereinkunft wurden als Höchstbeträge festgesetzt 10,000 Fr. im Todesfall und 20,000 Fr. im Invaliditätsfall.

Im Kantonsrat brachte die demokratische Fraktion einen Antrag ein, den gesamten Anteil des Kantons Zürich an der eidgenössischen Kriegs- und Kriegsgewinnsteuer im Betrage von 1,753,000 Franken der kantonalen Alters- und Invalidenversicherung zuzuwenden. Die Regierung wird über die Frage Bericht erstatten.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im Februar spricht sich die Zentralstelle des Verbandes schweizerischer Arbeitsämter in Zürich dahin aus, daß der Tiefstand der Arbeitslosigkeit auf Ende Januar entfällt. Eine Besserung der Verhältnisse ist eingetreten in der Textilindustrie, in Gewerbe und Landwirtschaft. In der Metall- und Maschinenindustrie dauern die Einstellungen noch an. Die Konstruktionswerkstätte von Gebrüder Linge A.-G. mußte ihren Betrieb vollständig einstellen. Schwierig gestaltet sich auch die Lage in der Konfektionsbranche, da noch große Vorräte an Kleidern bestehen und die Kauflust des Publikums stark gesunken ist.

Eine neue Regelung der Lohnansätze bestimmt als Mindestlohn für den Handlanger 11 Fr. (bisher 7 Fr.), für gelernte Handwerker 12 Fr. (bisher 8 Fr.), was einer Erhöhung von 50 Prozent entspricht. —

St. Gallen. In den städtischen Betrieben ist der Achtstundentag eingeführt worden. —

Thurgau. Bei den Wahlen in Groß-Frauenfeld erhielten die Freisinnigen 11, die Sozialdemokraten 4, die Katholisch-Konservativen 2 und die Demokraten einen Sitz. —

Schaffhausen. Auf dem Güterbahnhof der Stadt Schaffhausen zeigt der Güterverkehr eine starke Zunahme.

Die Metzgermeister der Stadt halten ihre Geschäfte schon jetzt nur am Donnerstag und Samstag offen. Sie hoffen, durch diese Maßnahme ein Sinken der unerschwinglich hohen Viehpreise zu bewirken.

Eine Botschaft an den Großen Stadtrat bezweckt die Einführung des Achtstundentages in den städtischen Industriebetrieben und bei der städtischen Bauverwaltung. Die hieraus sich ergebenden Mehrausgaben werden auf 45,000 Franken berechnet. —

In Baselland weist das Budget ein Defizit von 1,100,000 Fr. auf. Die gegenwärtigen Besoldungen der Regierungsräte betragen 6000 Fr. und sollen um 2000 Fr. erhöht werden.

Eine stark besuchte Bauerntagung in Sissach konnte sich mit dem Gedanken, eine eigene Bauernpartei zu gründen, nicht befreunden, vielmehr wurde der Anschluß an nationale Gruppen und Parteien empfohlen. —

Der Große Stadtrat von Luzern hat beschlossen, den obligatorischen Kochunterricht an der Mädchensekundarschule einzuführen. Auch wurde einer Vorlage betreffend Errichtung einer Gymnasialabteilung für Mädchen, mit Vorbereitung zur Maturität, die Genehmigung erteilt. —

Solothurn. Das Amtsgericht Solothurn-Lebern verurteilte den Kantonsrat und Erziehungsrat Max Rüdt in Grenchen, der anläßlich des Landesstreiks wegen unbefugter Ausübung amtlicher Verrichtungen, wegen Nötigung, Anstiftung hiezu und Sachbeschädigung zu vier Wochen Gefängnis, ohne Anrechnung der Untersuchungshaft. Sieben andere Streikführer wurden wegen ähnlichen Vergehen, sowie wegen Störung des Hausfriedens zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Verhandlungen hatten sich sehr in die Länge gezogen, da Rüdt abwesend war, angeblich, um seinen kranken Vater zu pflegen. Diese Aussage erwies sich als erlogen, da dem Angeklagten nachgewiesen werden konnte, daß er sich an diesem Tag in Grenchen aufhielt.

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn hat beschlossen, die infolge des Landesstreiks gegründeten Bürgerwehren als außerordentliche Polizeiorgane anzuerkennen und sie dem Polizeidepartement zu unterstellen, in der Meinung, daß sie ausschließlich defensiven Charakter tragen sollen. Im Notfall sollen sie bewaffnet werden. Gemeinde und Staat haben ihnen gegenüber diejenigen Pflichten zu übernehmen, die die eidgenössische Militärversicherung gegenüber den Wehrpflichtigen übernommen hat. —

Graubünden. Die Bürgerversammlungen von St. Moritz und Celerina haben sich gegen die Industrialisierung der oberengadinischen Seen ausgesprochen und beschlossen, diesem Vorhaben im Sinne des Heimatschutzes mit aller Kraft entgegenzuwirken. —

Tessin. Der italienische Verein „Dante Alighieri" in Lugano arbeitet mit vollem Eifer an der Gründung eines Verbandes aller italienischen Vereinigungen im Kanton Tessin. —

Neuenburg. Nationalrat Graber hat sich entschlossen, von der Redaktion der „Sentinelle" zurückzutreten; auch will er sein Nationalratsmandat niederlegen, da er mit der extremen Richtung nicht mehr mitmachen kann. —